

BUCHBESPRECHUNGEN

LOHNPOLITIK UND VERMÖGENSBILDUNG

Frankfurter Gespräch der List Gesellschaft, Protokolle und Gutachten. Kyklos-Verlag, Basel, und J. C. B. Mohr, Tübingen 1964. 244 S. plus Tabellenanhang, Ln. 21,50 DM.

Das vorliegende Buch enthält Referate und Diskussionsbeiträge von der Tagung der List Gesellschaft vom 29. bis 30. November 1963. Nach der Begrüßung durch *Hans Constantin Boden*, in der bereits das Thema „Produktivität, Löhne, Preise“ angesprochen wurde, folgt ein Referat von *Carl Föhl* über „Lohnpolitik, Verteilungspolitik und Geldwertstabilität“. In diesem Referat führt Föhl exakt den Nachweis, daß mit der nominalen Lohnpolitik allein eine Umverteilung unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen einer wachsenden Wirtschaft nicht zu erreichen ist. Lediglich, wenn die Lohnpolitik der Gewerkschaften durch eine gezielte Steuerpolitik und eine wirksame Sparförderung ergänzt wird, ist nach Föhl eine Umverteilung des Sozialprodukts ohne Gefährdung des wirtschaftlichen Wachstums möglich.

Aus der umfangreichen Diskussion des Föhlschen Referates ist vor allem der Beitrag von *Gottfried Bombach* — der die Sinnlosigkeit aller „Maßhalteappelle“ nachwies — hervorzuheben. Es folgen zwei Kurzreferate von *Wilfrid Schreiber* über „Das Auseinanderfallen von ordnungspolitischer Wünschbarkeit und persönlicher Motivation der Vermögensbildung“ und *Kurt A. Körber* über „Ein Vorschlag zur Förderung der Vermögensbildung bei Arbeitnehmern“. Diesen beiden Kurzreferaten folgt das Hauptreferat von *Wilhelm Krelle* über „Gesamtwirtschaftliche Wirkungen von investiven Ertragsbeteiligungen der Arbeitnehmer“. In dem Krelleschen Referat wird nach einem Überblick über die Größenordnungen möglicher Vermögensumverteilung aufgezeigt, daß eine wirksame Änderung der Vermögensstruktur auf evolutionärem Wege nur sehr langfristig, etwa im Zeitraum einer Generation, zu erwarten ist. Trotzdem hält Krelle vermögenspolitische Maßnahmen, die auf diese Umstrukturierung hinzielen, für unbedingt notwendig. Die in der anschließenden Generaldiskussion von Krelle gegebene Begründung ist so überzeugend, daß wir sie nachstehend im Wortlaut bringen wollen:

„Wenn unsere privaten Bedürfnisse wachsen, wachsen unsere Gemeinschaftsbedürfnisse mindestens proportional, und ich glaube sogar: überproportional, und das mit Recht. Es hat keinen Sinn, daß wir in gut eingerichteten Häusern mit Fernsehen, Waschmaschine und Auto wohnen, und draußen ist alles schmutzig, wir haben keine Schulen, und die Straßen sind verstopft. Deswegen sollten wir den Staatsanteil am Gesamtvermögen bei diesem Problem aus dem Spiel lassen und uns um die privaten Anteile kümmern. Und hier sehe ich das Problem im Grunde darin, genauso wie wir die politische Macht nicht mehr bei wenigen Familien konzentriert und erblich sehen wollen, wie im Feudalsystem . . ., so auch im Wirtschaftsleben allen Menschen, soweit wir können, eine gleiche Chance zu geben. Von Natur aus sind die Chancen ja sowieso schon ungleich genug. Um so schlimmer, wenn wir sie nun noch ungleicher machen. Es widerspricht dem fundamentalen Gesichtspunkt der Startgleichheit und ist ungerecht gegenüber jeder neuen Generation, wenn dem, der schon hat, immer neues Vermögen zuwächst und dem, der nichts hat, praktisch nichts zuwachsen kann. Das ist eine Art Industriefeudalismus vergleichbar dem früheren politischen Feudalismus" (S. 109).

Unter den zahlreichen Beiträgen zur Generaldiskussion sind noch hervorzuheben die Ausführungen von *Siegfried Balke*, damals Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Trotz der überzeugenden Ausführungen namhafter Wissenschaftler über die Ungleichmäßigkeit der Vermögensstruktur in der Bundesrepublik und die Notwendigkeit ihrer Änderung stellt Balke sich auf den simplen Standpunkt, „daß wir bis jetzt kein Eigentum gebildet haben, das wir verteilen könnten“. Das der Tagung vorliegende umfangreiche Material wird ignoriert. Ohne jeden Beweis stellt Balke die Behauptung auf, daß die deutsche Wirtschaft aufgrund einer zu hohen Besteuerung noch gar kein Vermögen bilden konnte. Seiner Meinung nach wurden in der Bundesrepublik „bis jetzt im volkswirtschaftlichen Sinne überhaupt keine echten Gewinne erzielt“. Wer so die offenkundigen Tatsachen ignoriert, mit dem kann man natürlich nicht streiten. Um so bedauerlicher, daß dieser Mann jetzt Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist.

Das Buch bringt im zweiten Teil sechs Gutachten, die den Tagungsteilnehmern vorher zugänglich gemacht wurden. *Carl Föhl* legt die wichtigsten Ergebnisse aus seinem für das Bundeswirtschaftsministerium erstellten Gutachten vor; *Heinrich Dräger* versucht eine „modifizierte Produktivitätszahl“ zu ermitteln, und *Hajo Riese* bringt statistisches Material über „Wirtschaftswachstum, Produktivitäts-

lohn und Preisstabilität“ aus einer Reihe westlicher Industriestaaten. Die drei restlichen Beiträge behandeln den Lohnbildungsprozeß in den Niederlanden, in Österreich und Jugoslawien, jeweils mit Vergleichen zu den deutschen Verhältnissen. *Dr. Herbert Ehrenberg*

CHRISTIANE BUSCH-LÜTY GESAMTWIRTSCHAFTLICHE LOHNPOLITIK

Veröffentlichungen der List Gesellschaft e. V., Bd. 38. Kyklos Verlag — J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Basel/Tübingen 1964. XVI u. 210 S., brosch. 21 DM, Ln. 25 DM.

Das nach der Ausbildung von hinreichend starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in den Industrieländern mit freiheitlich-demokratischer Sozialverfassung nun schon eine Reihe von Jahrzehnten gebräuchliche System, Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen für die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer — meist nicht nur die organisierten — in freien Verhandlungen zwischen den Parteien des Arbeitsmarktes kollektiv zu bestimmen, ist allenthalben und zunehmend Gegenstand einer ganz bestimmten offenen oder versteckten Kritik geworden. War ursprünglich der Widerstand — vor allem der Arbeitgeber — gegen die Tarifautonomie Teil des grundsätzlichen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbewegung und ihren Anspruch auf Mitgestaltung und Mitbestimmung im Wirtschaftsleben, so sind seit dem Ende des zweiten Weltkrieges — nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weitgehend international — die Stimmen aus Wissenschaft, Politik und wirtschaftlicher Praxis zahlreicher und kräftiger geworden, die eine Versachlichung der Lohnpolitik, die Berücksichtigung übergeordneter Interessen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls und demgemäß eine Revision der bisher praktizierten Lohnpolitik fordern. Dabei denkt man nicht so sehr — wie noch vor 30, 40 Jahren — an die schädlichen ökonomischen und sozialen Wirkungen von Arbeitskämpfen, sondern an die Störungen, die von den in traktioneller Weise überwiegend friedlich ausgehandelten Löhnen auf die Bemühungen der staatlichen Wirtschaftspolitik ausgehen, Vollbeschäftigung, Stabilität des Geldwertes, Ausgeglichenheit der Zahlungsbilanz und ein stetiges, störungsfreies, befriedigendes Wachstum zu sichern.

Der „Überprüfung der grundsätzlichen Frage, ob nicht dieses System der autonomen sektoralen Lohnpolitik durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts überholt und dringend anpassungsbedürftig geworden ist“ (S. 1), widmet sich das vorliegende Buch. Sein Titel gibt auch gleich die Antwort auf die

gestellte Frage, denn eine „gesamtwirtschaftlich koordinierte Lohnpolitik“ ist es, welche die Verfasserin angesichts der Funktionsmängel des herrschenden Systems für notwendig hält, deren Möglichkeiten und Grenzen sie untersucht. Die Methode, derer sie sich in begrüßenswerter Skepsis gegenüber dem Denken in ökonomisch-theoretischen Modellen dabei bedient, nennt sie „historisch-induktiv“; es handelt sich um eine Analyse einiger in westeuropäischen Ländern verwirklichten Systeme bzw. Ansätze einer gesamtwirtschaftlichen Lohnpolitik und die Auswertung der mit ihnen gemachten Erfahrungen für die Konstruktion brauchbarer derartiger Einrichtungen.

Im ersten Teil der sinnvoll gegliederten, klar und verständlich geschriebenen Darstellung wird der Versuch gemacht, die angestrebte gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik zu begründen und in ihren Grundzügen zu umreißen. Der Autorin ist durchaus darin zuzustimmen, daß Lohnpolitik gegenwärtig weniger denn je eine zweiseitige eigene Angelegenheit der Tarifparteien ist, sondern vielmehr als Gestaltung einer wichtigen gesamtwirtschaftlichen Größe zentral und unmittelbar die Interessen der Allgemeinheit berührt. Dagegen ist der Schluß aus dieser Feststellung eines Sachverhaltes, „(demnach müßte) eine sinngemäße Anwendung des Subsicharitätsprinzips . . . eine Überprüfung der Abgrenzung und Definition des Kompetenzbereichs der sozialen Selbstverwaltung in der Lohnpolitik nicht nur nahelegen, sondern den Gesetzgeber zu einer entsprechenden Neufassung des delegierten Aufgabenbereichs geradezu verpflichten“, schon logisch unvollständig und nicht möglich. Die Berufung auf das — inhaltlich schwer zu fassende — Subsicharitätsprinzip reicht zur Begründung der vorgeschlagenen Regelung auch nicht aus. Zudem scheinen mir hier die Lebensinteressen aller Staatsbürger — in zwar üblicher, aber unzulässiger Weise — auf rein materielle Interessen und das Interesse an Friedlichkeit der sozialen Beziehungen beschränkt worden zu sein. Daß dem Freiheitsanliegen ein höherer Rang als den genannten Interessen eingeräumt wird und so bewußt Beeinträchtigungen des Wohlstandes und des sozialen Friedens hingenommen werden, damit die Freiheitlichkeit der Gesellschaft gewahrt bleibt, wird nicht einmal als Möglichkeit angenommen. Für die Verfasserin bleibt die Zuordnung von sozialer Autonomie zur freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein Tabu, ein Dogma, das es zu überwinden gelte (S. 1, 6). Der Nachweis, daß eine gesamtwirtschaftlich koordinierte Lohnpolitik über eine schwerwiegende Funktionsbeschränkung nicht zu einer Beeinträchtigung der Stärke und Autonomie der Tarifparteien und damit zu einem Schwinden der Freiheitlichkeit und Vielgestaltigkeit des sozialen Lebens führt, wird aber nicht überzeugend erbracht. Dafür

bedarf es doch wohl eingehenderer Untersuchungen als der vorliegenden.

Unter gesamtwirtschaftlicher Lohnpolitik versteht die Autorin eine Lohnpolitik, die „an den für die Gesamtwirtschaft geltenden Zielsetzungen“ ausgerichtet ist, indem „ein gesamtwirtschaftlich tragbarer Spielraum für die Bewegungen des Lohnniveaus“ festgelegt („externe Koordination“) und eine „zeitliche und sachliche Abstimmung der einzelnen sektoralen Lohnverhandlungen untereinander und ihre konsequente Orientierung an den durch die externe Koordination vorgegebenen Richtlinien“ vorgenommen („interne Koordination“) wird (S. 24 f.). Unterschiedliche Ansätze zu einer solchen Politik, die in den Niederlanden, Schweden und Österreich in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg zu finden sind, werden dann untersucht.

Die sich daran anschließende Struktur- und Erfolgsanalyse der gesamtwirtschaftlichen Lohnpolitik, die etwa die Hälfte des Buches ausfüllt, enthält eine Fülle interessanter Erkenntnisse und Aspekte, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann. Zusammenfassend läßt sich jedoch sagen, daß die vorliegenden Ergebnisse dieser unter ganz bestimmten notwendigen Rahmenbedingungen realisierten Systeme gesamtwirtschaftlicher Lohnbestimmung, falls sie sich überhaupt aus dem Gesamtzusammenhang interdependenter sozialer Prozesse eliminieren und einzelnen Faktoren zurechnen lassen, vergleichsweise spärlich sind. Insbesondere die relativen Lohnbewegungen haben sich — nicht zuletzt im Schatten des sogenannten *wagedrift* — der intendierten Beeinflussung weitgehend entzogen. Angesichts der zugegebenen nachteiligen Wirkungen auf die verteilungspolitischen Ziele der Gewerkschaften sowie der wahrscheinlichen Funktionsschmälerung für die Arbeitnehmerzusammenschlüsse und der auftretenden zentralistischen Tendenzen, in denen übrigens auch *Tinbergen* das „einzig richtige und auch wichtige Argument“ gegen die gesamtwirtschaftlich koordinierte Lohnpolitik sieht (S. 169), stellt sich die Frage, ob unter diesen Umständen nicht überhaupt von derartigen lohnpolitischen Reformen abgesehen werden sollte. Denn, um die Erfolgsbedingungen und -chancen der gesamtwirtschaftlichen Lohnpolitik zu erhöhen, müßte man offensichtlich über die in den untersuchten Ländern bereits vorgenommenen Veränderungen und Eingriffe weit hinaus gehen. Dann aber würden die vom Rezensenten betonten, von der Autorin gewiß unterschätzten Gefahren sicher noch größer werden.

Bei den Gewerkschaften sind in den letzten Jahren immer wieder Forderungen nach gesamtwirtschaftlicher Planung, etwa über die Institution eines Bundeswirtschaftsrates, erhoben worden. Es sollte Klarheit über die Konsequenzen für die Struktur der Gewerkschaften und ihre Funktionen im sozialen Gefüge

bestehen, die sich aus der folgerichtigen Einbeziehung der Lohnpolitik in solche Bestrebungen ergeben. Ein Teil von ihnen ist sicher problematisch und sollte nüchtern bedacht werden.
Dr. Hubert Raupach

FRIEDRICH LENZ

WELTWIRTSCHAFT IM UMBRUCH

Eine kritische Analyse der internationalen Politik und Wirtschaft unserer Gegenwart, blick + bild Verlag für politische Bildung, S. Kappe KG, Velbert und Kettwig 1964. 382 S., Ln. 32 DM.

Der zweite Weltkrieg hat endgültig die alten Grundlagen der Weltwirtschaft und des europäischen Staatensystems zerstört. Die Weltwirtschaft befindet sich seit dem ersten Weltkrieg im Umbruch. „Die sprunghaften Fortschritte in Naturwissenschaft und Technik zwingen uns, neue Formen für unser internationales Zusammenleben zu finden, um hierdurch die gefährdende Anarchie zu überwinden.“ Der Verfasser des vorliegenden Buches, ein bekannter Professor der Nationalökonomie, dient dieser Zielsetzung durch die Untersuchung der internationalen Politik und der internationalen Wirtschaft unserer Gegenwart. Das Buch ist sehr aktuell und hilft uns, die internationale Situation zu verstehen.

Dem Autor geht es darum, durch kritische Analyse die Hauptmerkmale unserer komplexen Weltlage zu verallgemeinern, um sie methodisch und systematisch in den Griff zu bekommen. Dann, so schreibt Prof. Lenz, „öffnet sich ein Weg, der zum Verändern der Wirklichkeit durch eine seinsgemäße ‚Politik der Zukunft‘ führen kann“. Für Prof. Lenz ist Ökonomie immer politische Ökonomie, deren besondere Aufgabe das „Aufdecken der Realität“ ist. Der Geschichts- und der Sozialprozeß stellt sich dem Verfasser als fließend dar; er umgreift das Erkennen ebenso wie das Handeln. Politische Ökonomie schlägt um in ökonomische Politik und Theorie in Praxis.

Unabhängig von unseren Vorlieben und Abneigungen muß die kritische Analyse die liberalen Wirtschaftslehren, den Marxismus-Leninismus und die Probleme der Entwicklungsländer gleichmäßig behandeln. „Der Umbruch unserer klassischen Weltwirtschaft fordert eine grundsätzliche Kritik ihrer handelskapitalistischen Weltmarktdoktrin und ihrer Vorstellungen von einer staatsfreien Weltgesellschaft privater Interessenten.“ Auch der Neo-Liberalismus ist Gegenstand einer fundierten Kritik, ebenso wie die Vorstellung eines Weltproletariats, die durch die Tatsachen abgewandelt wird. „Karl Marx hatte wohl ‚Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit‘ analysiert; aber ‚Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt‘ fehlen in seiner Kritik der bürgerlichen Ökonomie. Die Gegenwart trägt

hierzu Modifikationen bei, die keine Analyse unserer Weltverhältnisse übersehen darf.“

Im 1. Kapitel wird „Die Weltwirtschaft als Einheit ihrer Markt- und Produktionsverhältnisse“ beschrieben. Mit den Grundbegriffen der politischen Ökonomie wird „die Einheit in den Unterschieden der Wirtschaftsgesellschaften für uns erkennbar“. Prof. Lenz stellt fest, daß durch den Eintritt der Sowjetunion und Chinas in die Weltwirtschaft deren einheitliche Sozialstruktur aufgehoben wurde. „Aber auch der sozialistische Sektor der neuen Weltwirtschaft konnte sich dem Einfluß jener Bedingungen nicht entziehen, unter denen die Staatengesellschaft ihr politisch-ökonomisches Dasein ausarbeiten.“ Heute haben die innergesellschaftlichen Merkmale Armut und Proletariat im internationalen Zusammenhang eine abgewandelte Bedeutung erhalten, und zwar durch die Armut der bisher kolonialen Bevölkerungsmassen, die nunmehr zum politischen Selbstbewußtsein erwacht sind. Besondere Abschnitte in diesem Kapitel sind den Verhältnissen — und Spannungen — zwischen Freiheit und Eigentum sowie zwischen der Sozialwissenschaft und der sozialen Wirklichkeit gewidmet.

Der Kampf um die politisch-ökonomischen Strukturen ist das Thema des 2. Kapitels. Hier wird das Ineinanderwirken der ökonomischen und politischen Realfaktoren dargestellt, ein widerspruchsvoller und überaus vielseitiger Prozeß, der keine einseitigen Erklärungen oder vorgefaßten Urteile gestattet. Prof. Lenz befaßt sich in diesem Kapitel u. a. mit den Doktrinen und der Praxis, dem Markt und der Macht, endogenen und exogenen Krisen, dem modernen Imperialismus, den Positionen und Konstellationen der großen Mächte, den Strukturänderungen der Produktionsverhältnisse, der Kriegs- und Rüstungswirtschaft sowie schließlich der Kriegs- und Friedensplanung.

Am Beispiel Deutschlands verdeutlicht Prof. Lenz im 3. Kapitel das spannungsreiche Wechselverhältnis zwischen Politik und Ökonomie; hier trat es besonders eindringlich zutage. Die Wiedervereinigung Deutschlands bleibt für ihn „das Zentralproblem sämtlicher internationalen Widersprüche, die aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen sind. Die Vergangenheit läßt sich nicht auslöschen.“ Der Verfasser weist auf die starke Diskrepanz zwischen Deutschlands erfolgreicher Außenwirtschaft und seiner erfolglosen Außenpolitik hin und geht den Ursachen nach. Vom Ende des vorigen Jahrhunderts ab bis zum zweiten Weltkrieg war das politisch-militärische Machtstreben des Deutschen Reiches die längste Zeit über im Widerspruch zur vorgegebenen Weltlage. „Eine militaristisch-terroristische Verwechslung von Macht und Gewalt

kann vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen, weil sie die Grenzen mißachtet, die ihr das System der Welt-Staatengesellschaft setzt." Ein besonderer Abschnitt ist dem Konzentrationsprozeß der deutschen Wirtschaft gewidmet.

„Vom Begreifen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit“ handelt schließlich das letzte Kapitel des Buches, das sich durch eine geschliffene Sprache auszeichnet. Der Leser hat teil an dem enormen Wissens- und Erfahrungsschatz des heute emeritierten ordentlichen Professors an der Universität Gießen. Besonders kann sein Werk historisch Interessierten sehr empfohlen werden. *Günter Pehl*

WALTER LAQUEUR

NEUE WELLE IN DER SOWJETUNION

Beharrung und Fortschritt in Literatur und Kunst. Europa Verlags-AG, Wien 1964. 168 S., Paperback A 12,80 DM.

Das Buch ist eine Untersuchung, die, fast wie ein Handbuch, Bereiche von Kunst und Literatur behandelt, die — recht unterschiedlich — von der Entstalinisierung erfaßt wurden. Es ist zunächst als Sonderheft der englischen Zeitschrift *Survey* (Nr. 46/63) erschienen, deren Chefredakteur Walter Laqueur ist. In den „Europäischen Perspektiven“ ist eine deutschsprachige Ausgabe herausgekommen, von *Trude Goldenberg* sachverständig und flüssig aus dem Englischen übersetzt. Neun Autoren behandeln die Entwicklung seit 1953. „Sie sind prokommunistischer Sympathien geradeso unverdächtig wie antikommunistischer Hysterie“, sagt *Günter Nennung* als Herausgeber in seinem Vorwort.

In *Harry T. Willets'* Abhandlung „Neue Welle — Glück und Ende?“ werden Chancen größerer Unabhängigkeit der sowjetischen Literatur von der Parteilinie untersucht. Nach der Darstellung der Kämpfe zwischen den Traktionisten und den kritisch eingestellten alten und jungen Schriftstellern, die den politischen Kampf reflektieren und unterstützen, kommt er zu dem auch für die anderen Bereiche der Kunst — cum grano salis — anwendbaren Schluß, daß kein Grund zu der Annahme bestehe, daß die Partei versuchen würde, die sowjetischen Schriftsteller und Künstler, nachdem ihre Unterstützung bei der Enthüllung des Stalinismus zuerst mit größerer künstlerischer Freiheit honoriert worden war, „auf einen einzigen schmalen Tugendpfad zurücktreiben (würde). Hingegen war es schon damals wahrscheinlich, daß sie energischer darangehen würde, sie auf ihre eigenen neuen Pfade zu führen, um sicherzugehen, daß sie alle zum gleichen Ziel marschierten“ (S. 19).

Vorerst führen die „Zwei Lager in der Literatur“ (*Max Hayward*) einen offenen

Kampf, in dem die Progressiven, ihre Positionen behaupten und ausbauen. Wie diese beiden Lager übereinander denken, geht aus einer Dokumentation „Alte und junge Literatur“ hervor. Die Zeitschrift *Woprosij Literaturij* veranstaltete im Dezember 1962 eine Umfrage bei alten und jungen Schriftstellern über ihre Meinungen und Stellungnahmen zu künstlerischen Tendenzen in der UdSSR. Diese sowjetrussische Dokumentation ist in die Sammlung übernommen worden.

Pierre Forgues untersucht „Die jungen Dichter“, die in der Sowjetunion nicht die geringsten Schwierigkeiten haben, ihre Gedichte zu veröffentlichten. Wirklich bedeutend sind wenige: *Jewtuschenko*, *Winokurow* und *Wosnessenskij* z. B. (Die als Beispiele angeführten Gedichte sind von *Erich Fried* einfühlsam übertragen worden.) Sie dichten sozialkritisch oder rein lyrisch und haben es nicht immer leicht.

Francois Liencourt („Das Repertoire des Sowjettheaters“) und *A. J. C. Campell* („Drama und Dramatiker — alt und neu“) meinen, daß die Theaterzensur zwar nicht mehr so drückend sei, aber der Autor trotzdem große Schwierigkeiten habe, seine Fassung eines Stückes gegenüber den sehr eigenwilligen Regisseuren und Theaterdirektoren durchzusetzen.

Alain Besancon („Sowjetische Malerei — Traktion und Experiment“) schreibt, der sowjetische Maler sei noch immer fast auf die gleichen Institutionen wie unter dem Zarismus angewiesen. Nur zögernd werden westliche Entwicklungen (Barock, französischer Impressionismus) zur Kenntnis genommen und westliche Kunst gezeigt, jedoch nicht die heutige, was auch für die polnische Kunst gilt. Die Einstellung zur russischen Ikonenkunst hat sich zum Positiven geändert, aber nur langsam lockert sich das geschlossene System und erlaubt Experimente der Jungen, deren Versuche zwar nicht mehr verboten, aber auch nicht staatlich gefördert werden. Dazu tritt erschwerend die traktionelle Isolierung der bildenden Kunst — im Gegensatz zur Literatur — vom Volk.

Wegmarke für die „Neue Sowjetmusik“ (*Fred K. Prieberg*) sei die Stellung zur Zwölftonmusik, die offiziell als bourgeoise Verfallserscheinung abgelehnt, aber dennoch von einer Reihe junger sowjetischer Musiker komponiert, ausgeübt und unterrichtet wird. Man kritisiert seriell komponierende Musiker, läßt sie aber in ihren Stellungen in staatlichen Orchestern und Konservatorien. Langsam finden Werke westlicher Komponisten, wie *Milhaud*, *Dallapiccola*, *Frank Martin* u. a. Aufnahme in die Konzertprogramme und über die Ehrung *Strawinskys* und seiner Werke hat die Presse wohlwollende Berichte geschrieben.

Zwei Aufsätze über „Schach und Politik“ (*D. J. Richards*) und „Sowjetästhetik und das

Unbewußte" (*John Eitzer*) beschließen den Band, auch hier die Tendenz zu größerer Freiheit von der politischen Umklammerung nachweisend, einer Tendenz, die für die Psychologie schlechthin lebensnotwendig ist — die völlige Bedeutungslosigkeit der einstmals führenden russischen Psychologie unter dem Stalinismus hat es bewiesen.

Annemarie Zimmermann

HERMANN PÖRZGEN

DIE SOWJETISCHE WINDROSE

Rheinische Verlags-Anstalt, Wiesbaden 1964. 294 S., 32 Bildtafeln, Ln. 16,80 DM.

Das Buch eines trefflichen Rußlandkenners, der rund zwei Jahrzehnte in Moskau zugebracht hat, also kontinuierlich die sowjetische Politik vom Zentrum der Macht aus zu beobachten vermochte, löst zunächst die Erwartung aus, hier werde eine noch tiefer schürfende Analyse geboten als von jenen Rußlandautoren, die zwar regelmäßig die Sowjetunion bereist haben, aber eben doch nicht ständig die Hand am Puls des Geschehens in diesem weiten Land haben konnten. Man denkt etwa an eine Mischung von *Klaus Mehnert* („Der Sowjetmensch“) und *Maurice Hindus* („Das Haus ohne Dach“) — natürlich erweitert und vertieft durch die tagtägliche Kontrolle jeder politischen Regung im Kernland des Weltkommunismus. Doch Hermann Pörzgen, Moskaukorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, hat just ein solches Buch nicht geschrieben.

Zwar lautet das Generalthema des Verfassers: Die Sowjetunion unter *Chruschtschow* (übrigens wurde das Manuskript offenbar schon vor dem Sturz des Kremlchefs in Druck gegeben, denn wiederholt wird von *Chruschtschow* gesprochen, als sei er noch in Amt und Würden) — aber es ist weniger eine Gegenüberstellung der *Stalinschen* und der *Chruschtschowschen* Ära — obwohl es auch das ist —, sondern ein, wie uns scheint, gelungener Versuch, dem deutschen Leser den sowjetischen Alltag in seinen vielfältigen Verästelungen nahezubringen.

Dadurch, so mag mancher meinen, verliert das Buch an „politischer“ Substanz. Doch zum anderen darf nicht übersehen werden, daß uns gerade die exakte Veranschaulichung des täglichen Lebens der Sowjetmenschen noch immer fehlt. Die Rußlandreisen deutscher Journalisten und die daraufhin geschriebenen Reportagen sind sicherlich in jedem Fall sehr nützlich, aber das auf solche Weise gezeichnete Bild wird nie so detailliert und umfassend sein können wie der Erfahrungsbericht eines permanenten Augenzeugen, der jahraus, jahrein mitten unter den Sowjetbürgern lebt, und der quer durch das Land fuhr, von Riga

bis Kiew, von Tiflis bis Murmansk. So gesehen, trifft für Pörzgens Buch sogar die arg strapazierte Behauptung zu, es schließe eine Lücke. Denn wir wissen, obwohl sich die Kommunikationsmöglichkeiten gerade unter *Chruschtschow* beträchtlich verbessert haben, noch immer zu wenig vom Menschen in der Sowjetunion, von seiner Kunstbeflissenheit und seinem Sportenthusiasmus, von seinen Wohnungssorgen, und von der Art, wie er festliche Tage zu begehen pflegt. In diese Bereiche zielt Pörzgen ganz bewußt, dorthin läßt er uns immer wieder blicken. Er tut es mit der nüchternen Sachlichkeit des journalistischen Beobachters, aber auch mit dem Verständnis eines Mannes, dem Land und Leute nicht fremd sind.

Moskau ist nicht die Sowjetunion, so wenig wie Leningrad und Minsk. Pörzgen macht uns darum mit vielen Land- und Völkerschaften der Sowjetunion bekannt, mit der Ukraine, deren Stellung innerhalb der UdSSR er mit der Bayerns in der Bundesrepublik vergleicht, mit den Weißrussen, den Kareliern, den Georgiern usw. Leider fehlt ein Kapitel über Sibirien. Vermutlich hängt das damit zusammen, daß dieser Teil der Sowjetunion noch immer Sperrgebiet ist und nur ausnahmsweise für journalistische Besuche geöffnet wird. Auch über Sowjetisch-Zentralasien hätte man gern einiges gelesen.

Nun, kein Buch kann so komplett sein, wie es sich die verschiedensten Leserkategorien wünschen. Immerhin ist Pörzgen gelungen, was ihm vorschwebte: Ein gutes Stück Wissen über den sowjetischen Menschen und seinen „way of life“ zu vermitteln, und das ist sicherlich nicht gering zu veranschlagen.

Helmut Bauer

MOSKAU LENINGRAD HEUTE

Berichte und Impressionen von einer Reise. Herausgegeben von Hildburg Bethke und Werner Jaspert. Stimme Verlag, Frankfurt am Main 1965. 165 S., Paperback 6,80 DM.

Vom 31. August bis 14. September 1964 hat eine Gruppe von Journalisten, Professoren, Gewerkschaftern, Juristen, Politikern, Hausfrauen usw. auf Einladung des Stimme-Verlages Moskau und Leningrad besucht. Sie nahmen Verbindungen zu Fachkollegen auf und haben mit Politikern, Funktionären der Massenorganisationen, der Partei und des Staates gesprochen. Jeder Teilnehmer hatte Aufenthalt und Reise selbst zu bezahlen und konnte beliebige Kontakte aufnehmen; soweit nötig, standen dafür Dolmetscherinnen zur Verfügung, mehrere Teilnehmer beherrschten aber selbst die russische Sprache. 20 Teilnehmer der Reise haben ihre Eindrücke und Erfahrungen niedergeschrieben, unter ihnen *Eugen Kogon*, *Ossip Flechtheim*, *Heinrich Hannover*, *Gustav W. Heinemann* und der

Chefredakteur der „Stimme der Gemeinde“, Pfr. *Herbert Mochalski*.

Was diesen Berichten fehlt, ist der berühmterichtigte erhobene deutsche Zeigefinger — was sie auszeichnet, die in Deutschland seltenen Tugenden der Bescheidenheit und Solidarität. Vielleicht haben diese Deutschen darum in den 14 Tagen ihres Aufenthalts soviel Freundliches erfahren. So sagte der Präsident der Allunionskammer des Übersten Sowjets, daß er selbstverständlich sofort einverstanden gewesen sei, sie zu empfangen: „Sie sind ja eine Besonderheit! Aus der DDR kommen viele zu uns, hingegen aus der Bundesrepublik ...“ (S. 24).

Moskau bietet sich den Reisenden als eine Stadt, die in ständigem Wandel und schneller Ausdehnung begriffen ist. Den Einwohnern geht es gut, wenn auch nicht in dem uns geläufigen Sinne. Die Unterschiede zwischen hoch und nieder sind viel geringer als bei uns. Leningrad ist europäischer, freundlicher, aber „fast weigert man sich zu glauben, daß diese Stadt 900 Tage lang belagert, praktisch Frontgebiet war, denn die Spuren des Krieges sind völlig beseitigt“ (S. 135). Hier sind im zweiten Weltkrieg mehr als 600 000 Menschen verhungert, 200 000 durch unmittelbare Kriegseinwirkungen getötet worden ...

Aber die Reisenden werden nicht nur mit solchen Tatsachen konfrontiert. Sie erfahren viel über die Grundzüge des sowjetischen Erziehungswesens: Schule, Universität, Fernstudium, alle Arten der Weiterbildung. Sechs Berichte sind allein diesem Gegenstand gewidmet und in den anderen klingt immer wieder an, welchen großen Eindruck dies System macht. Betont wird auch oft der pädagogische Zug, der das gesamte sowjetische Leben durchzieht. „Das Land macht fast den Eindruck einer gewaltigen Volkshochschule“, schreibt *Werner Jaspert* (S. 14).

Die Berichte über Kunst, Literatur, Presse sind nicht ganz so positiv; es wird von den sowjetischen Gesprächspartnern betont, daß der stalinistische Zwang verschwunden sei; der freien Entfaltung von Kunst und Literatur drohen keine Repressalien mehr, wohl aber abschätzige Beurteilung in der Öffentlichkeit und auch keine oder nur geringe finanzielle Förderung.

Aus einem Gespräch mit sowjetischen Gewerkschaftern werden die ganz andersartigen Aufgaben deutlich, die die Gewerkschaften in der UdSSR aufgrund der anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur haben. Die Gewerkschafter sehen durchaus, daß sie noch in vielem rückständig sind: „Wir haben noch viele alte Betriebe. Doch wir bemühen uns, das alles zu bessern. Es geht langsam, Schritt für Schritt. Aber das Volk weiß das und respektiert vieles...“ (S. 121).

Es ist aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der UdSSR Wichtiges zusammengetragen und berichtet worden, das zur Revision so manchen Vorurteils führen könnte, wenn sich der Leser belehren lassen will.

Annemarie Zimmermann

H.-G. SCHLOTTER

DIE FINANZ- UND AUSSEN-HANDELPOLITISCHE LANDWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

Verlag M. & H. Schaper, Hannover 1964. 306 S., 27,60 D-Mark.

Während Koalitions- und Oppositionsparteien angesichts der Bundestagswahl sich in schöner Gemeinsamkeit darin überbieten, der Landwirtschaft immer neue Subventionsforderungen zu erfüllen, hat der Göttinger Dozent Dr. Schlotter jetzt eine wissenschaftliche Untersuchung herausgebracht, in der berechnet ist, was die Landwirtschaftsförderung bisher die Allgemeinheit gekostet hat und in der das der Quadratur des Zirkels ähnliche Problem behandelt wird, wie man auf sinnvolle (und nicht widersinnige) Weise, einen Wirtschaftszweig wie unsere Landwirtschaft fördern kann. Das Ergebnis der Untersuchung — sowohl hinsichtlich der Kosten als auch der Möglichkeiten der Landwirtschaftsförderung — ist gleich niederschmetternd. Man kann nur hoffen, daß es zur Kenntnis genommen wird und wieder sachliche Gesichtspunkte in die Agrarpolitik einziehen, statt daß wie in letzter Zeit nur permanent mit dem demoskopischen Fernrohr Ausschau nach der Meinung von Tante Maria, Bäuerin in Krähwinkel, und Opa Wilhelm, gewesener Bauer in Hinterberghausen, gehalten wird, wobei die Agrarpolitik notwendigerweise so unsachlich, konfus und rückwärtsgewandt werden muß, wie die Meinungen dieser verdienten Alten.

Schlotter setzt sich zunächst mit den vielen methodischen Schwierigkeiten auseinander, die sich ergeben, wenn man das fassen will, was als Landwirtschaftsförderung im engeren und weiteren Sinne angesehen werden muß. Es ist ein großer Vorteil der Untersuchung, daß der Verfasser in den vielen Bereichen, in denen eine Abgrenzung schwierig ist, sich stets für eine praktikable und aus dem Zusammenhang logische Methodik entscheidet. So konnte es ihm gelingen, den bisher leider völlig fehlenden Gesamtüberblick über dieses verzweigte und unübersichtliche, oft wohl auch absichtlich unterbelichtete Gebiet zu erlangen. Schade ist allerdings, daß die Untersuchung nur bis 1956 reicht. So liegt der Untersuchungszeitraum schon bald zehn Jahre zurück und erst im letzten untersuchten Jahr — 1956 — kam das Landwirtschaftsgesetz von 1955 zur Wirkung, das uns einen so starken Zu-

wachs der Agrarsubventionierung bescherte. Die Ansätze im ersten „Grünen Plan“ von 1956 nehmen sich noch recht bescheiden aus, verglichen mit der ungenierten Art, wie heute die Landwirtschaft in die Tasche des Steuerzahlers zu greifen sich angewöhnt hat.

Schlotter berechnet, daß im Jahre 1956 die Landwirtschaftsförderung den Verbraucher bereits mit über 4,5 Milliarden DM belastet hat. Wenn es bei dieser jährlichen Subvention seither geblieben wäre, würden seit 1956 bereits 40 Milliarden aus öffentlichen Mitteln in die Landwirtschaft gesteckt worden sein. Tatsächlich wird es wesentlich mehr sein. Im Jahre 1956 machten die Förderungsmittel des Bundes und der Länder bereits 61 vH der Wertschöpfung der Landwirtschaft aus. Dabei sind noch nicht einmal die sogenannten Strukturmittel und die Zuwendungen an landwirtschaftliche Organisationen mitgerechnet. Bezieht man diese mit ein, so machen die Förderungsmittel 76 vH der Wertschöpfung aus.

Noch höher wird dieser Anteil, wenn man steuerliche Begünstigungen hinzurechnet, so z. B. diejenige, die sich für die Masse der landwirtschaftlichen Betriebe durch die — endlich vom Bundesfinanzhof für ungültig erklärte, weil die Landwirtschaft in ungesetzlicher Weise begünstigende — sogenannte „VOL-Besteuerung“ < ergibt. Sie basiert auf „Einheitswerten“, nach denen der Wert der landwirtschaftlichen Betriebe nur mit einem Bruchteil der wirklichen Werte angesetzt ist. Es wird geschätzt, daß auf diese Weise die Landwirtschaft jährlich um eine Milliarde DM einkommensteuerlich entlastet wird.

Rechnet man auch diese Milliarde dazu, so kommt man schon für 1956 dahin, daß die Subventionen etwa 90 vH der Wertschöpfung dieses Wirtschaftszweiges ausmachen. Da das Volumen der Landwirtschaftsförderung heute weit größer ist als 1956, werden die Subventionen jetzt mehr als 100 vH der landwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmachen, wahrscheinlich weit mehr als 100 vH.

Bei einer Subventionssumme von sechs Milliarden DM entfielen auf den Kopf der tatsächlich in der Landwirtschaft Tätigen etwa zwei Millionen Arbeitskräfte bereits 3000 DM je Jahr. Mancher Arbeitnehmer, der Jahrzehnte Beiträge gezahlt hat, wäre froh, wenn er eine Invalidenrente in solcher Höhe erhielte!

Es wäre in der Tat an der Zeit, sich einmal gründlich zu überlegen, wohin man eigentlich mit der Landwirtschaftsförderung will und was man hier tun und was man lassen sollte. Aber es ist eines der (leider nicht wenigen) beunruhigenden Zeichen in der Entwicklung unserer Demokratie, daß diese Frage dort, wo sie zuerst gestellt werden müßte, nämlich bei den Parteien und im Parlament, nicht gestellt wird, sondern tabu ist. Ein beruhigendes Zeichen unserer demokratischen Entwicklung ist es

allerdings, daß sich ein Wissenschaftler ungestört mit einem solchen, nach Meinung der Parteistrategen höchst „unpopulären“ Thema befassen konnte und daß — wie geschehen — die Deutsche Forschungsgemeinschaft durch Übernahme der Druckkosten der Arbeit dankenswerterweise zur Publizität verhelfen konnte.
Dr. Ulrich Teichmann

AGNES VON ZAHN-HARNACK
SCHRIFTEN UND REDEN
1914 BIS 1950

Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Akademikerinnenbundes durch Dr. M. Anders und Dr. I. Reicke, mit einem Lebensbild Agnes von Zahn-Harnacks von Dr. Ilse Reicke. Hopfer Verlag, Tübingen 1964. 208 S., kart. 22 DM, Ln. 27 DM.

Die 1884 geborene Tochter des berühmten Theologieprofessors *Adolf v. Harnack* hat die Hauptzeit ihres Lebens in Berlin verbracht. In ihrer Familie gab es eine große Anzahl bedeutender Gelehrter. So wuchs Agnes von Zahn-Harnack in einem kultivierten Milieu, zugleich mit tiefer religiöser Beeinflussung, auf. Sie besuchte zuerst ein Lehrerinnenseminar, nahm dann das Universitätsstudium auf und promovierte in Greifswald, weil damals in Berlin zum philologischen Dokorexamen nur humanistisch geschulte Abiturienten zugelassen waren; außerdem herrschte dort auf dem Gebiet der Germanistik ein erbitterter Feind weiblichen Studiums, der damals deswegen sehr berühmte Professor *Gustav Roethe*.

In dieser Zeit der Frauenemanzipation wurde Agnes v. Zahn-Harnack eine Kampfgefährtin von Frauen wie *Gertrud Bäumer* und vor allem von *Helene Lange*, *Alice Salomon* und *Anna v. Gierke*, die es verstanden, die Sozialarbeit aus der früheren „Wohltätigkeit“ herauszubringen, und die besondere soziale Frauenschulen gründeten. Agnes v. Zahn-Harnack wurde erste Vorsitzende des neugegründeten „Deutschen Akademikerinnenbundes“, sie schrieb eine Reihe von Standardwerken über die deutsche Frauenbewegung und über erwerbstätige Frauen. Ihre „Bibliographie zur Frauenfrage“, die 1961 neu herausgegeben worden ist, enthält auch wertvolle Angaben über die Frauenbewegung in anderen Ländern.

Unter dem Nationalsozialismus gehörte Agnes v. Zahn-Harnack einem Widerstandskreis an. Der im Zusammenhang mit dem Attentat vom Juli 1944 hingerichtete *Ernst v. Harnack* war ihr Bruder. Im Jahre 1944 verlor sie auch ihren Gatten und bei einem Bombardement von Potsdam Haus und Habe. Es blieben ihr ein Sohn und eine Tochter, die nun das Vorwort zum vorliegenden Buch geschrieben haben. Gleich nach Kriegsschluß begann Agnes v. Zahn-Harnack erneut ihre Tätigkeit unter den Frauen. Sie war eine der ersten Frauen, denen die Besatzungsmächte eine be-

riefliche Reise ins Ausland bewilligten. Nach schweren Leiden starb sie 1950, nachdem sie vorher noch die Freude gehabt hatte, von der Universität Marburg für die Biographie ihres Vaters die Würde des Ehrendoktors der Theologie erhalten zu haben.

Die vorliegende Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen enthält u. a. aus der Zeit des ersten Weltkrieges (1914) einen Vortrag, der sich wohlthuend von dem damals weitverbreiteten Hurra-Patriotismus abhebt. Eine in dem Buch wiedergegebene Flugschrift des Reichsfrauenausschusses der Demokratischen Partei

stammt aus der Feder von Agnes v. Zahn-Harnack. Mehrere Aufsätze haben religiösen Charakter, andere sind hervorragenden weiblichen Weggefährten gewidmet. Die Autorin hat sich auch in sehr feinsinniger Weise über Dichter, wie *Goethe* und *Fontane*, und Gestalten aus berühmten Dichtungen, wie *Antigone* und *Iphigenie*, geäußert. Ihr Wunschtraum war, daß die einzelnen Menschen „geschlossene“ Persönlichkeiten sein möchten. In diesem Sinne Einfluß zu nehmen, war ihr Streben; sie selbst war dafür ein Beispiel.

Irmgard Enderle